



# Bundesgesetz über das Internationale Privatrecht (IPRG)

Entwurf

## Änderung vom ...

---

Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,  
nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom 24. Mai 2017<sup>1</sup>,  
beschliesst:

### I

Das Bundesgesetz vom 18. Dezember 1987<sup>2</sup> über das Internationale Privatrecht wird wie folgt geändert:

#### *Ersatz eines Ausdrucks*

In den Artikeln 168, 171 und 174 wird «des Bundesgesetzes vom 11. April 1889 über Schuldbetreibung und Konkurs» ersetzt durch «SchKG<sup>3</sup>».

#### *Art. 166*

I. Anerkennung <sup>1</sup> Ein ausländisches Konkursdekret wird auf Antrag der ausländischen Konkursverwaltung, des Schuldners oder eines Konkursgläubigers anerkannt, wenn:

- a. das Dekret im Staat, in dem es ergangen ist, vollstreckbar ist;
- b. kein Verweigerungsgrund nach Artikel 27 vorliegt; und
- c. es ergangen ist:
  1. im Wohnsitzstaat des Schuldners, oder
  2. im Staat des Mittelpunktes der hauptsächlichen Interessen des Schuldners, vorausgesetzt dieser hatte im Zeitpunkt der Eröffnung des ausländischen Verfahrens seinen Wohnsitz nicht in der Schweiz.

<sup>1</sup> BBl 2017 ...  
<sup>2</sup> SR 291  
<sup>3</sup> SR 281.1

<sup>2</sup> Hat der Schuldner eine Zweigniederlassung in der Schweiz, so ist ein Verfahren nach Artikel 50 Absatz 1 des Bundesgesetzes vom 11. April 1889<sup>4</sup> über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG) bis zur Veröffentlichung der Anerkennung nach Artikel 169 dieses Gesetzes zulässig.

<sup>3</sup> Ist ein Verfahren nach Artikel 50 Absatz 1 SchKG bereits eröffnet und die Frist nach Artikel 250 SchKG nicht abgelaufen, so wird dieses Verfahren nach der Anerkennung des ausländischen Konkursdekrets eingestellt. Bereits angemeldete Forderungen werden nach Massgabe von Artikel 172 in den Kollokationsplan des Hilfskonkursverfahrens aufgenommen. Die aufgelaufenen Verfahrenskosten werden dem Hilfskonkursverfahren zugeschlagen.

*Art. 167 Abs. 1 und 2*

<sup>1</sup> Hat der Schuldner in der Schweiz eine im Handelsregister eingetragene Zweigniederlassung, so ist der Antrag auf Anerkennung des ausländischen Konkursdekrets an das zuständige Gericht an ihrem Sitz zu richten. In allen anderen Fällen ist der Antrag an das Gericht am Ort des Vermögens in der Schweiz zu richten. Artikel 29 ist sinngemäss anwendbar.

<sup>2</sup> Hat der Schuldner mehrere Zweigniederlassungen oder befindet sich Vermögen an mehreren Orten, so ist das zuerst angerufene Gericht zuständig.

*Art. 170 Abs. 3*

<sup>3</sup> Der Konkurs wird im summarischen Verfahren durchgeführt, sofern nicht die ausländische Konkursverwaltung oder ein Gläubiger nach Artikel 172 Absatz 1 vor der Verteilung des Erlöses beim Konkursamt das ordentliche Verfahren verlangt und für die voraussichtlich ungedeckten Kosten hinreichende Sicherheit leistet.

*Art. 172 Abs. 1 und 2*

<sup>1</sup> In den Kollokationsplan werden nur aufgenommen:

- a. die pfandgesicherten Forderungen nach Artikel 219 SchKG<sup>5</sup>;
- b. die nicht pfandgesicherten, aber privilegierten Forderungen von Gläubigern mit Wohnsitz in der Schweiz; und
- c. die Forderungen aus Verbindlichkeiten, die auf Rechnung einer im Handelsregister eingetragenen Zweigniederlassung des Schuldners eingegangen worden sind.

<sup>4</sup> SR 281.1

<sup>5</sup> SR 281.1

<sup>2</sup> Zur Kollokationsklage nach Artikel 250 SchKG sind nur Gläubiger nach Absatz 1 sowie die ausländische Konkursverwaltung berechtigt.

*Art. 174a*

5. Verzicht auf Durchführung eines Hilfskonkursverfahrens

<sup>1</sup> Auf Antrag der ausländischen Konkursverwaltung kann auf die Durchführung eines Hilfskonkursverfahrens verzichtet werden, wenn keine Forderungen nach Artikel 172 Absatz 1 angemeldet wurden.

<sup>2</sup> Haben Gläubiger, die ihren Wohnsitz in der Schweiz haben, andere als die in Artikel 172 Absatz 1 erwähnten Forderungen angemeldet, so kann das Gericht auf die Durchführung eines Hilfskonkursverfahrens verzichten, wenn die Forderungen dieser Gläubiger im ausländischen Verfahren angemessen berücksichtigt werden.

<sup>3</sup> Das Gericht kann den Verzicht mit Bedingungen und Auflagen versehen.

<sup>4</sup> Wird auf die Durchführung eines Hilfskonkursverfahrens verzichtet, so darf die ausländische Konkursverwaltung unter Beachtung des schweizerischen Rechts sämtliche Befugnisse ausüben, die ihr nach dem Recht des Staates der Konkurseröffnung zustehen; sie darf insbesondere Vermögenswerte ins Ausland verbringen und Prozesse führen. Diese Befugnisse umfassen nicht die Vornahme hoheitlicher Handlungen, die Anwendung von Zwangsmitteln oder das Recht, Streitigkeiten zu entscheiden.

*Art. 174b*

III<sup>bis</sup>. Koordination

Bei Verfahren, die in einem sachlichen Zusammenhang stehen, können die beteiligten Behörden und Organe ihre Handlungen untereinander sowie mit ausländischen Behörden und Organen koordinieren.

*Art. 174c*

III<sup>ter</sup>. Anerkennung ausländischer Entscheidungen über Anfechtungsansprüche und ähnlicher Entscheidungen

Ausländische Entscheidungen über Anfechtungsansprüche und andere gläubigerschädigende Handlungen, die in einem engen Zusammenhang zu einem in der Schweiz anerkannten Konkursdekret stehen, werden nach den Artikeln 25–27 anerkannt, wenn sie im Ursprungsstaat des Konkursdekrets ergangen sind oder in diesem Staat anerkannt werden und der Beklagte seinen Wohnsitz nicht in der Schweiz hatte.

*Art. 175 zweiter Satz*

Die Artikel 166–170 und 174a–174c gelten sinngemäss. ...

II

Die Änderung anderer Erlasse wird im Anhang geregelt.

III

<sup>1</sup> Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

<sup>2</sup> Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten.

## Änderung anderer Erlasse

Die nachfolgenden Bundesgesetze werden wie folgt geändert:

### 1. Bundesgesetz vom 11. April 1889<sup>6</sup> über Schuldbetreibung und Konkurs

*Art. 288a Ziff. 4*

Bei den Fristen der Artikel 286–288 werden nicht mitberechnet:

4. bei der Anerkennung eines ausländischen Konkursdekretes die Zeit zwischen dem entsprechenden Antrag und der Publikation nach Artikel 169 IPRG<sup>7</sup>.

### 2. Bankengesetz vom 8. November 1934<sup>8</sup>

*Art. 37g Abs. 4<sup>bis</sup> und 5*

<sup>4bis</sup> Hat die Bank eine Zweigniederlassung in der Schweiz, so ist ein Verfahren nach Artikel 50 Absatz 1 SchKG bis zur Rechtskraft des Kollokationsplanes nach Artikel 172 des Bundesgesetzes vom 18. Dezember 1987<sup>9</sup> über das Internationale Privatrecht (IPRG) zulässig.

<sup>5</sup> Im Übrigen sind die Artikel 166–175 IPRG massgebend.

### 3. Finanzmarktinfrastrukturgesetz vom 19. Juni 2015<sup>10</sup>

*Art. 88 Abs. 1*

<sup>1</sup> Für Finanzmarktinfrastrukturen gelten die Artikel 24–37 und 37d–37g mit Ausnahme von Artikel 37g Absatz 4<sup>bis</sup> des Bankengesetzes vom 8. November 1934<sup>11</sup> sinngemäss, sofern das vorliegende Gesetz keine abweichenden Bestimmungen enthält.

<sup>6</sup> SR 281.1

<sup>7</sup> SR 291

<sup>8</sup> SR 952.0

<sup>9</sup> SR 291

<sup>10</sup> SR 958.1

<sup>11</sup> SR 952.0

